

**Protokoll Nr. 34/53 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros
des ZK der SED am 9. Juni 1953 (Auszug)**

Tagesordnung:

1. Angelegenheit Dahlem
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der vom Politbüro eingesetzten Kommissionen
3. Verleihung des Karl-Marx-Ordens
4. Geburtstag Walter Ulbrichts
5. Protokollbestätigung

Anwesende Mitglieder: Grotewohl, Ulbricht, Oelssner, Rau, Ebert, Zaissner

Anwesende Kandidaten: Schmidt, Honecker, Jendretzky, Herrnstadt

entschuldigt:

Pieck	Kur
Matern	Urlaub
Ackermann	Urlaub

Außerdem anwesend: Semjonow

Sitzungsleitung: Grotewohl
Protokollführung: Oelssner

Behandelt:

Beschlossen:

[...]

2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der vom Politbüro eingesetzten Kommissionen:

1) Die vorgeschlagenen Sofortmassnahmen auf dem Gebiet der Schulen, Hochschulen und Kunst werden nach zahlreichen Änderungen bestätigt.

(Anlage 1)

Ferner wird beschlossen:

Die Sanatorien und Erholungsheime an der Ostsee, die dem FDGB übergeben worden waren, sind dem Ministerrat für die Intelligenz zur Verfügung zu stellen.

Ausserdem sollen bestimmte Heime des FDGB für die Intelligenz zur Verfügung gestellt werden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verantwortlich: Gen. Warnke und Gen. Lampka

2) Die Massnahmen auf dem Gebiete der Finanzen werden bestätigt.

(Anlage Nr. 2)

3) Die Massnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung werden bestätigt.

(Anlage Nr. 3)

Die eingeleiteten Untersuchungen für Invalidenrentenempfänger sind sofort einzustellen.

Genosse Rumpf wird beauftragt, gemeinsam mit der Sozialversicherung alle im Sparprogramm vorgesehenen Massnahmen zu überprüfen und entsprechende Vorschläge zu machen.

4) Die im Haushalt vorgesehenen Staatsleistungen an die Kirche sind in Raten durchzuführen.

5) Die für konfessionelle Krankenhäuser, Alters- und Kinderheime gegebenen Preisgenehmigungen sind zu verlängern. Das gleiche gilt für private Kliniken.

6) Für die Finanzierung der sich aus diesem Beschluss ergebenden Belastungen des Staatshaushaltes sind durch die Genossen des Ministeriums für Finanzen dem Politbüro Vorschläge bis zum 13.6.1953 zur Bestätigung vorzulegen.

7) Den Massnahmen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung wird zugestimmt.

(Anlage Nr. 4)

8) Der Veröffentlichung des Kommunikés über die Bauernkonferenz wird zugestimmt. Genosse Ulbricht wird beauftragt, das Kommuniké aufgrund der Diskussionen endgültig zu redigieren.

(Anlage Nr. 5)

9) Der Text des Pressekommunikés der Regierung über die Landwirtschaft wird nach eingehender Diskussion bestätigt.

(Anlage Nr. 6)

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

10) Die Vorschläge über die Rückführung von Republikflüchtigen und die Ausgabe von Aufenthaltsgenehmigungen werden bestätigt.
(Anlage Nr. 7)

Der Teil A der Vorschläge soll in der Presse veröffentlicht werden.

11) Genosse Zaisser wird beauftragt, Vorschläge über die Änderung des Regimes im Grenzstreifen dem Politbüro zu unterbreiten.

12) Sämtliche beschlagnahmten Sportboote sind an ihre Eigentümer zurückzugeben.

13) Den Sofortmassnahmen für Haftentlassungen wird zugestimmt.
(Anlage Nr. 8)

14) Angesichts der Tatsache, dass zahlreiche deutsche Bürger ständig Auskunft über das Schicksal ihrer von sowjetischen Besatzungsorganen verhafteten Angehörigen verlangen, bittet das Politbüro die Sowjetorgane, den deutschen Organen die Möglichkeit zu geben, diese Anfragen zu beantworten.

15) Die auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 27.11.1952 Verurteilten sind zu entlassen und die anhängenden Verfahren sind einzustellen, sofern nicht ein erheblicher Schaden entstanden ist oder schwere Folgen eingetreten sind.

16) Genosse Gregor wird beauftragt, den Leiter des Amtes für Warenkontrolle anzuweisen, dass sofort eine Lockerung der Warenkontrolle an den Berliner Grenzstellen erfolgt.

Nach grundlegender Überprüfung ist eine Verordnung über Erleichterung des kleinen Warenverkehrs auszuarbeiten.

[...]

4. Geburtstag Walter Ulbrichts:

1) Das ursprüngliche Programm wird im Sinne einer wesentlichen Einschränkung revidiert.
(Anlage Nr. 9)

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

2) Die Benennung von Betrieben, Institutionen, Strassen usw. nach lebenden Genossen soll in Zukunft unterbleiben. Damit wird auch der Beschluss bezüglich der Namensgebungen anlässlich der Geburtstage der Genossen Zaisser und Matern aufgehoben.

5. Protokollbestätigung:

Das Protokoll Nr. 32/53 und das Protokoll Nr. 33/53 der ausserordentlichen Sitzungen des Politbüros vom 5. und 6. Juni werden bestätigt.

Unterschrift
(O. Grotewohl)

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/, Bl. 1-4.]

[...]

Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 34/53 vom 9. Juni 1953

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung

- 1) Alle mit den Verordnungen
„Über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung in der DDR und im demokratischen Sektor von Gross-Berlin“
und
„Über die Ausgabe von Lebensmittelkarten in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Gross-Berlin“
vom 9.4.1953 und den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen ausgesprochenen Beschränkungen bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten werden aufgehoben.

An alle Bürger der DDR und des demokratischen Sektors von Gross-Berlin sind ab 1.7.1963 wieder Lebensmittelkarten entsprechend den gesetzlich festgelegten Tätigkeitsmerkmalen oder sonstigen Bestimmungen auszugeben.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verantwortlich: Genosse Wach.

- 2) Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Bier wird der Aussenhandel verpflichtet, sofort die notwendigen Mengen Hopfen einzuführen. Der Aussenhandel hat zu bringen:
- | | |
|--------------------|--------|
| II. Quartal 1953: | 140 to |
| III. Quartal 1953: | 473 to |
| IV. Quartal 1953: | 100 to |

Verantwortlich: Genosse Greger.

- 3) Es sind sofort Därme für die Herstellung von Würstchen einzuführen. Der Aussenhandel wird verpflichtet, insgesamt noch einzuführen: 22,5 Mio Meter Därme, Kal. 24/26 mm. Davon sind zu bringen:
- | | |
|--------------------|----------------------|
| III. Quartal 1953: | 10 Mio mtr. Därme |
| IV. Quartal 1953: | 12,5 Mio mtr. Därme. |

Verantwortlich: Genosse Greger.

- 4) Der bisherige Umfang des Verkaufes von Speiseeis ist in der HO, dem Konsum und im privaten Einzelhandel wieder herzustellen.

Verantwortlich: Genosse Wach.

- 5) Alle durch Pläne oder sonstige Weisungen der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums für Handel und Versorgung oder die Räte der Bezirke bzw. Kreise verfügbaren Abweichungen in den Fragen des Warenumsatz- bzw. Warenbereitstellungsplanes für den privaten Einzelhandel gegenüber dem von der Volkskammer bestätigten Volkswirtschaftsplan 1953 werden mit sofortiger Wirkung rückgängig gemacht.
- Das Ministerium für Handel und Versorgung hat durch operative Änderungen der jetzigen Pläne die Möglichkeiten für eine volle Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes durch den privaten Einzelhandel zu garantieren.
- Termin für die Herausgabe entsprechender verbindlicher Weisungen: 15.6.1953.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verantwortlich: Genosse Wach.

- 6) Der Minister für Handel und Versorgung wird beauftragt
- a) sicherzustellen, dass ab sofort keine privaten Geschäfte mehr geschlossen werden zugunsten des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels.
- b) zu veranlassen, dass in solchen Fällen, wo private Geschäfte in der letzten Zeit geschlossen oder abgegeben wurden, und wo bei den Geschäftseigentümern der Wunsch besteht, diese wieder zu eröffnen, diesem Wunsche entsprochen wird. Streitfragen, die sich aus der Rückgabe ergeben, sind durch die zuständigen Abteilungen der Räte der Städte und Kreise innerhalb von drei Tagen zu entscheiden.

Verantwortlich: Genosse Wach.

- 7) Zur besseren Versorgung der Bevölkerung soll die HO sofort Agenturverträge mit dem privaten Einzelhandel abschliessen. Dabei ist sicherzustellen, dass Lebensmittel nur gegen Bezahlung, andere Waren (Industriewaren) unter Berücksichtigung der Richtsatztage gegen Kredit abgegeben werden. Genosse Wach wird verpflichtet, eine entsprechende Anweisung zu erlassen.

Verantwortlich: Genosse Wach.

Termin: 15.6.1953

- 8) a) Durch den Leiter der Staatlichen Verwaltung für Materialversorgung, Gen. Binz, sind die 700.000 qm Stoffe, die in den HO-Kreisbetrieben vertragsgebunden sind, sofort zurückzugeben.
- b) Das Staatssekretariat für Materialversorgung hat die der Versorgung vorenthaltenen 148.000 Paar Importschuhe sofort auszuliefern. Genosse Binz wird beauftragt, die Sache innerhalb von vier Tagen zu regeln.
- 9) In Berlin ist die Abgabe von Speisen und Getränken zum sofortigen Verzehr in Gaststätten, Theatern, Kiosken, bei genehmigten öffentlichen Veranstaltungen sowie Dienstleistungen ohne Vorzeigen des Ausweises durchzuführen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/, Bl. 11/12.]

[...]

Anlage Nr. 7 zum Protokoll Nr. 34/53 vom 9. Juni 1953

Maßnahmen über die Rückführung von Republikflüchtigen und für die Ausgabe von Aufenthaltsgenehmigungen

A. Politisch-organisatorische Maßnahmen

- 1) Alle republikflüchtigen Personen, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehren, erhalten das aufgrund der Verordnung vom 17.7.1952 zur Sicherung von Vermögenswerten beschlagnahmte Eigentum zurück. Ist in Einzelfällen eine Rückgabe dieses Eigentums nicht möglich, so ist Ersatz zu leisten.
- 2) Die Verordnungen vom 17.7.1953 [gemeint: 17.7.1952, d. Hg.] und vom 19.2.1953 betreffend Übernahme devastierter Betriebe werden aufgehoben. Es wird untersagt, in landwirtschaftlichen Betrieben wegen Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen oder wegen Steuerrückständen Treuhänder einzusetzen.
Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach Westberlin oder Westdeutschland geflüchtet sind (Kleinbauern, Mittelbauern und Großbauern), können auf ihre Bauernhöfe zurückkehren. Wenn das in Ausnahmefällen nicht möglich ist, so erhalten sie vollwertigen Ersatz. Es wird ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen, ihre Wirtschaften weiterzuführen.
- 3) Alle übrigen Rückkehrer sind in gleicher Weise durch die zuständigen Organe der Räte der Bezirke und Kreise entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation wieder in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einzugliedern. Den zurückkehrenden Republikflüchtigen darf allein aus der Tatsache der Republikflucht keine Benachteiligung entstehen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- 4) Die Rückkehrer sind in ihre vollen Bürgerrechte einzusetzen. Sie erhalten den Deutschen Personalausweis, die ihnen zustehende Lebensmittelkarte usw.

B. Technisch-organisatorische Maßnahmen

I. Auflösung der Quarantänelager

1. Die bestehenden Quarantänelager werden aufgelöst. Die in diesen Lagern befindlichen zurückgekehrten republikflüchtigen Personen werden entsprechend den jetzt erlassenen Anordnungen über die Rückkehr von Republikflüchtigen behandelt, d.h. in ihre Heimatgemeinden bzw. Aufenthaltsgemeinden entlassen.
2. Die Unterkünfte werden von der HVDVP dem Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abteilung Bevölkerungspolitik übergeben. Sie dienen als Unterkünfte der vorläufigen Unterbringung von Personen, die aus Westdeutschland oder Westberlin kommen, um Aufnahme in die Deutsche Demokratische Republik bitten und andere Unterkunftsmöglichkeiten noch nicht besitzen oder angeben können. Die Abteilung Bevölkerungspolitik hat gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit dafür zu sorgen, daß diese in den Unterkünften untergebrachten Personen möglichst schnell in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eingegliedert werden.
3. Wenn in Westdeutschland oder Westberlin beheimatete Personen um Aufnahme in die Deutsche Demokratische Republik ersuchen und eine Unterkunft angeben können oder eine solche ihnen sofort nachgewiesen werden kann, so sind sie unmittelbar in die entsprechende Gemeinde einzuweisen.

II. Behandlung von zurückkehrenden republikflüchtigen Personen

1. Jeder zurückkehrende Republikflüchtige erhält von der Dienststelle der Volkspolizei, bei der er sich meldet, einen Interimsausweis (PM 12), die notwendigen Fahrtkosten zum Heimat- oder Aufenthaltsort, sowie ein Überbrückungsgeld von 10 DM.
2. Die zuständige örtliche Dienststelle der Deutschen Volkspolizei stellt ihm nach evtl. notwendigen Überprüfungen einen Deutschen Personalausweis aus; die örtlichen staatlichen Organe regeln Unterbringung und Versorgung.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

3. Die Abteilung Bevölkerungspolitik richtet Auskunftsstellen in den Unterkünften und weiteren nach Bedarf festzustellenden Orten ein.
Diese haben zurückkehrenden Republikflüchtigen sowie den Personen, die aus Westdeutschland oder Westberlin die deutsche demokratische Republik um Aufnahme ersuchen, in allen Fragen Rat und Auskunft zu erteilen.

III. Regelung und Ausgabe von Aufenthaltsgenehmigungen und Interzonenpässen

1. Bei Antrag auf Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sind familiäre Gründe anzuerkennen. Das gilt auch für die Anträge auf Ausstellung von Interzonenpässen. Genehmigungen sind weitestgehend zu erteilen.
 2. Für die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen sind die Räte der Kreise zuständig. Die Ausstellung von Interzonenpässen erfolgt durch die Pass- und Meldestellen der Kreispolizeiämter.
 3. Die für die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen und Interzonenpässen geschaffenen Kommissionen sind aufzulösen.
 4. Die für den illegalen Grenzübertritt bestehenden schweren Strafen sind aufzuheben und in Ordnungsstrafen umzuwandeln.
- C. Die Genossen im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und Staatssekretariaten m.e.G. die aufgrund dieser Beschlüsse erforderlichen Anordnungen zu veranlassen.

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/, Bl. 18-20.]

Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 34/53 vom 9. Juni 1953

Betr.: Sofortmassnahmen für Haftentlassungen

Genosse Melsheimer wird beauftragt, die sofortige Entlassung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

- 1) von Verurteilten, die nach dem Gesetz zum Schutze des Volkseigentums zur gesetzlichen Mindeststrafe von einem bis drei Jahren verurteilt worden sind, zu veranlassen mit Ausnahme der Fälle, in denen ein erheblicher Schaden entstanden ist oder schwere Folgen eingetreten sind.
- 2) von Untersuchungshäftlingen zu veranlassen, gegen die ein Verfahren nach dem Gesetz zum Schutze des Volkseigentums anhängig ist und bei denen wegen geringem Schaden oder unbedeutenden Folgen keine höheren Strafen als die gesetzlichen Mindeststrafen zu erwarten sind.

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/, Bl. 21.]

Anlage Nr. 9 zum Protokoll Nr. 34/53 vom 9. Juni 1953

[Geburtstag Walter Ulbrichts – revidiertes Programm, d. Hg.]

I. Maßnahmen der Partei

1. Die Gratulationen werden im „Haus der Einheit“ von 9 bis 16 Uhr entgegengenommen
2. Herausgabe ausgewählter Reden und Aufsätze (3 Bände)
3. Anfertigung zweier Büsten durch die Bildhauer Grätz und Arnold
4. Neues Deutschland Nummer zum Geburtstag Veröffentlichung von Artikeln
5. Bilddrucke, die im normalen Handel abgesetzt werden
6. Abendessen am 30.6.1953 im Gästehaus
7. Glückwunschartikel der Partei und Geschenk

II. Staatliche Maßnahmen

1. Glückwunschartikel der Regierung und Geschenk
2. Ernennung „Held der Arbeit“
3. Aufstellung einer Büste und Festveranstaltung der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“
4. Verleihung der Ehrenbürgerschaft von Leipzig

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

III. Massenorganisationen

1. 2 Bände Reden und Aufsätze im normalen Buchhandel zu vertreiben (FDGB)
Wettbewerbe besonders im Leuna-Werk für Verbreitung der Franik-Bewegung.
Betriebsdelegation
2. VdgB-Delegation aus Genossenschafts- und Einzelbauern
3. Sportartikel in Sportzeitung

/B.

[Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/, Bl. 22.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---